

MEINUNG

Wahnsinn mit Methode

■ VON HANNES WENDTLANDT

Die Forderung nach der vielgerühmten Solidarität wird in letzter Zeit erstaunlich oft strapaziert. Daß sich unter der ohnehin schon hohen Zahl der Arbeitslosen so viele junge Menschen befinden, könne man nicht so ohne weiteres hinnehmen, wird allenthalben beteuert – und rasche Abhilfe versprochen. Lehrstellen werden aus dem Boden gestampft, damit die jungen Leute „wenigstens eine solide Ausbildung bekommen“. So weit, so gut. Wo die Jugend ihre frisch erworbenen Kenntnisse dann allerdings zur Anwendung bringen darf, ist ein Einwand, den man in Anbetracht so großer Hilfsbereitschaft wohl nur hinter vorgehaltener Hand aussprechen darf.

Wie sonst ist es erklärbar, daß man einerseits die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen vorgibt, andererseits verdienten Menschen, die längst den wohlverdienten Ruhestand genießen könnten, finanzielle Anreize zur „Pflichterfüllung über das Soll“ hinaus schafft? Während es zur gleichen Zeit an allen Ecken und Enden an Mitteln für eine sinnvolle Arbeitsmarktpolitik zu mangeln scheint. Hinter diesem Vorgehen scheint „Wahnsinn mit Methode“ zu stecken. Die Frage ist nur, in wessen Interesse die Methode steht.

„Frühpension könnte schon Sinn machen“

KLAGENFURT. Der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Kärnten, Adam Unterrieder, könnte der Idee, Arbeitnehmer früher in Pension zu schicken, schon etwas abgewinnen: „Die Frühpension könnte Sinn machen, vorausgesetzt, man besetzt die freiwerdenden Posten auch wirklich nach. Ich denke, so würde die gespannte Situation am Arbeitsmarkt etwas entschärft werden.“

Soziales

Länger „hackeln“ – und die Jungen bleiben draußen?

Das Pensionsversicherungsgesetz sieht einen besonderen Anreiz für Menschen vor, die über das „Pflichtsoll“ der vorgeschriebenen Versicherungsjahre hinaus aktiv im Berufsleben verbleiben.

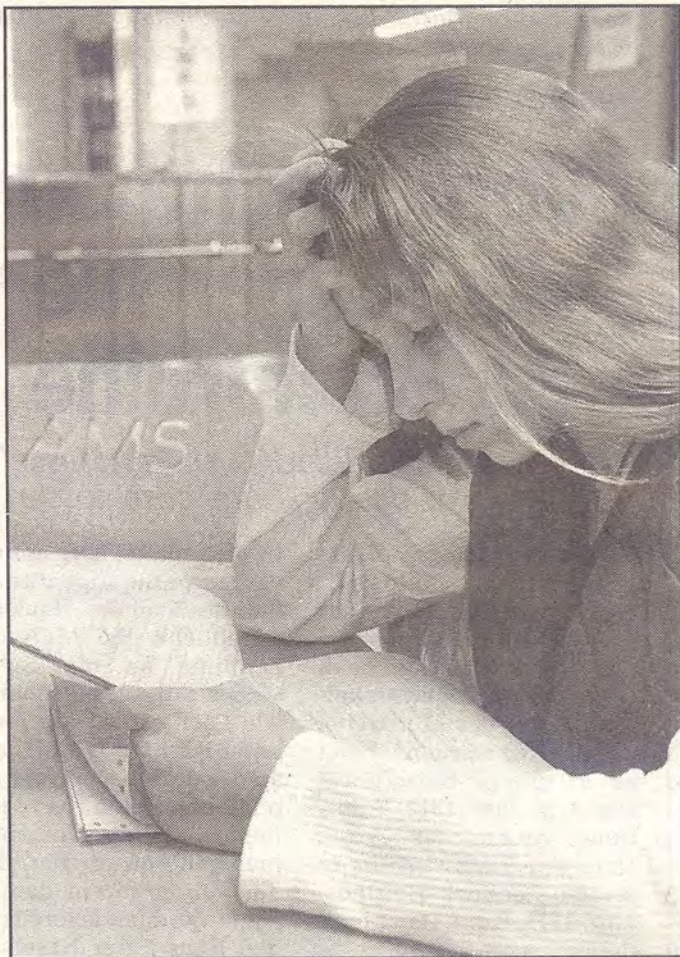
KLAGENFURT. Die Kassen der Pensionsversicherungen sind leer. Bald könnte man einem Heer von Frühpensionisten gegenüberstehen. Ein beträchtlicher Mehraufwand an auszahlenden Pensionen wäre die Folge. Deshalb besteht ein Hauptinteresse der Kassen darin, das vorzeitige Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben zu verhindern. Andererseits ist man mit einer steigenden Zahl an Arbeitslosen konfrontiert, die auf eine Stelle warten. Eine Situation, die zuweilen seltsame Blüten treibt.

Umstrittener Paragraph

So sieht das Pensionsversicherungsgesetz unter § 261b vor, Arbeitnehmer, die über das Pflichtsoll an Versicherungsjahren hinaus (Männer 35, Frauen 30) weiterhin ihren Beruf ausüben, eine „Extraprämie“ – über den normalen Steigerungsbetrag hinaus – zu zahlen.

Ein nicht unumstrittener Passus. Der Pressesprecher der PVA, Horst Günther Spöck, erkennt in diesem Paragraphen „eine Diskrepanz“. Erklären kann er sich diese nur dadurch, „daß am Entstehungsprozeß für solche Gesetze keine Fachleute beteiligt sind“.

Denn ob das Problem der fehlenden Gelder durch eine längere Berufsausübung bei anschließend



Vor allem junge Arbeitsuchende sind von einer „verlängerten Arbeitszeit“ betroffen.

Foto: Jagoutz

höheren Pensionszahlungen wirklich gelöst wird, stellt Spöck angesichts der steigenden Lebenserwartung der Österreicher in Frage.

Mag. Josef Sibitz, Leiter des Kärntner Arbeitsmarktservice, ist sich der Problematik zwar bewußt, weiß aber auch keinen Ausweg: „Natürlich sollen

die Arbeitnehmer dem Pensionssystem nicht zu früh zur Last fallen. Aber die frei werdenden Arbeitsplätze würden dem Arbeitsmarkt nützen.“

Eine Lösung scheint momentan jedenfalls nicht in Sicht.

HANNES WENDTLANDT